

Der Gewerkeverein

Zentralorgan und Korrespondenzblatt des Verbandes der Deutschen Gewerkevereine.

Erscheint jeden Mittwoch und Sonnabend.
Wochensatzpreis, Abonnementpreis 0,75 M.;
bei freier Bestellung durch den Briefträger
ins Haus 18 Pf. mehr.
Alle Postanstalten nehmen Bestellungen an.

Herausgegeben
unter Mitwirkung der Verbands- und Vereins-Vorstände
von
Zentralrat der Deutschen Gewerkevereine
(Hrsg.-Büro).
Berlin N.O. 55, Greifswalder Straße 221/223.

Anzeigen pro Zeile:
Geschäftsanz. 25 Pf., Familienanz. 15 Pf.
Vereinsanz. 10 Pf., Arbeitsmarkt & d. l. a.
Redaktion und Expedition:
Berlin N.O., Greifswalderstraße 221/223.
Fernsprecher: Amt VII, Nr. 4720.

Nr. 35.

Berlin, Mittwoch, 3. Mai 1911.

Dreißundvierzigster Jahrgang.

Inhalts-Verzeichnis:

Die Reformbedürftigkeit des Arbeitsrechts. — Die englische Gewerkevereine und die Arbeiterbewegung zur Reichsversicherungsordnung. — Allgemeine Rundschau. — Gewerkevereins-Zeile. — Verbands-Zeile. — Anzeigen.

Die Reformbedürftigkeit des Arbeitsrechts.

Von Dr. Rudolph Heyde.

I.

Wie zu erwarten war, hat der Vortrag, den Dr. Fleisch auf dem 17. Verbandstage der Deutschen Gewerkevereine über die Reform des Arbeitsrechts gehalten, nicht nur damals das Interesse der deutschen Sozialpolitiker auf sich gelenkt, sondern auch zu vielen Auseinandersetzungen in der Presse Anlaß gegeben, die zum Teil noch heute fortgesetzt werden.

Das ist natürlich an sich sehr erfreulich, denn alle diese Debatten sind geeignet, das Problem zu klären und die Sache selbst zu propagieren. Was aber auffallen muß, ist die Haltung eines großen Teils der sozialdemokratischen und freigewerkschaftlichen Presse. So sicherlich kein Sozialist gegen irgend eine der Einzelorderungen der Leitsätze Fleischs etwas einzumenden haben kann, so kategorisch wird doch bestritten, daß diese Sätze geeignet wären, auch bei Sozialdemokraten Anfang zu finden und so zum Gemeingut aller sozialpolitisch fortschrittlichen Parteien zu werden.

Vor mir liegt Nr. 15 des sozialdemokratischen „Proletarier“. In dem Leitartikel wird eine fast durchgängig unsachliche und gehässige Kritik an den von den Deutschen Gewerkevereinen mit nur geringen Änderungen angenommenen Leitsätzen Fleischs geübt. Wie leider so oft, folgt der Verfasser nicht der Mahnung Kossalles: „Wahrheit und Gerechtigkeit auch gegen einen Gegner, — und vor allem ziemt es dem Arbeiterstand, sich dies tief einzuprägen, — ist die erste Pflicht des Mannes.“ Dagegen glaubt der „Proletarier“, auf einem anderen Worte Kossalles herumreiten zu sollen: „Strebt nach der Macht, so habt ihr das Recht!“

Inwiefern dieses Wort richtig ist, sei dahingestellt; die realen Machtverhältnisse schaffen nicht allein Recht, sondern Ideen treten hinzu und historisch Gewordenes wirkt nach. Wenn unser heutiges deutsches Recht ein genaues Spiegelbild der Machtverhältnisse wäre, so müßte es viel schlechter sein, als es ist; rein sittlich-ideelle Faktoren, die der Materialismus allzu leicht zu unterschätzen pflegt, haben ihre Wirkung mit ausgeübt. Denn der Mensch ist nicht nur beherrscht vom ungezügelt-Selbsterhaltungstrieb, von unbegrenzter Selbstsucht, sondern in ihm ist ein seltsam Ding vorhanden, das jeden einzelnen zur Gesamtheit in Beziehung setzt und ihn zur Verantwortlichkeit gegen sie ermahnt: das Gewissen. Gerade eine Partei, die ihre ganze Existenz Männern verdankt, deren Gewissen sie gegen die eigenen Standesgenossen trieb, — Akademikern, deren Interesse nicht ohne weiteres mit dem der Arbeiter identisch war, sollte sich vor einer Ueberbannung des Gewissens hüten, wer die Macht habe, gestalte das Recht ganz nach seinem Vorteil.

Doch dies nur nebenbei. Daß an Kossalles Satz natürlich ein gutes Stück Wahrheit ist, soll keineswegs bestritten werden. Es ist nur nicht recht einzusehen, wie so er gegen Fleisch und die Gewerkevereine ausgespielt wird. Daß die Gewerkevereine Klassenkämpferisch im besten Sinne dieses Wortes sein wollen und sind, ist doch selbstverständlich.

Jede Standesorganisation muß dies ja sein. Gleiches Sätze wollen diesen Kampf ja nicht hindern, sondern fördern, indem sie vorläufige Ziele aufstellen und in ein System bringen. Ziele, die an sich gar nichts Neues sind und denen sich die praktische Arbeit aller Gewerkschaftsrichtungen mehr oder weniger schon heute zuwendet. Und Ziele, die von der Frage ganz unabhängig sind, was werden soll, wenn der Kampf z. B. im sozialistischen Sinne beendet und die „Macht“ der Arbeiter erreicht wäre. Dann wäre das Distributionsproblem zwar seiner Lösung nahe gerückt, das Produktionsproblem aber im Sinne des Arbeiters an sich noch gar nicht berührt. Denn für den Arbeiter besteht das Produktionsproblem in den Fragen: „Wie komme ich an die Produktionsmittel heran, — nicht im Sinne ihrer Verübergriffung, sondern im Sinne der mit ihnen verbundenen Arbeitsmöglichkeit gesprochen — und wie wird meine Arbeit geregelt?“ Diese Fragen aber sind nicht ohne weiteres von selbst gelöst, wenn die Produktionsmittel vergesellschaftet sind; sie bleiben weiter bestehen und bedürfen selbst in einem, — wie immer im übrigen gearteten — sozialistischen Wirtschaftssystem der besonderen Regelung.

Wie viel mehr im gegenwärtigen System! Ein wesentlicher Teil des Gegenwartsprogramms der Sozialdemokratie läuft ja auch darauf hinaus, das Arbeitsrecht nach jener Seite hin zu entwickeln, die Fleisch jetzt herausgearbeitet hat, nämlich jenen Schlusssatz, welcher mit den Worten beginnt: „Zum Schutze der Arbeiterklasse fordert die sozialdemokratische Partei Deutschland zu nächst eine wirksame usw.“ Was dort gesagt wird, ist wenig; aber auch dieses Wenige dürfte nicht gesagt werden, wenn man davon ausging, daß im Arbeitsrecht nicht eher Verbesserungen möglich wären, als bis das Privateigentum an den Produktionsmitteln beseitigt wäre. Das Erfurter Programm war aber vernünftiger, als es der „Proletarier“ in seinem Schlußartikel ist. Im Programm wird zwar die Bedeutung des Arbeitsrechts theoretisch nicht klar erkannt; es wird aber dort wenigstens die Möglichkeit nicht bestritten, einige Materien anders als bisher zu regeln, ohne daß erst die sozialistische Wirtschaftsordnung herbeigeführt werden müßte. Wäre das nicht der Fall, so müßten eigentlich die „freien“ Gewerkschaften so gut wie alle anderen gewerkschaftlichen Organisationen ihre Arbeit aufgeben; denn diese ist bekanntlich nicht auf Herbeiführung des Sozialismus gerichtet, sondern auf Einzelerfolge im Rahmen des bestehenden Wirtschaftssystems. Es ist bedauerlich, wenn ein Gewerkschaftsorgan vom Parteifanatikus dazu verleitet wird, die praktische Arbeit so sehr hinter das parteipolitische Endziel zu stellen, wie dies der „Proletarier“ tut. Es wird hoffentlich innerhalb der sozialistischen Partei sowohl wie innerhalb der freien Gewerkschaften nicht an Persönlichkeiten fehlen, die diese Stellungnahme für verkehrt erachten und den Vorschlägen Fleischs freundlicher gegenüberstehen.

Man könnte zweifeln, ob es sich lohnte, so ausführlich mit einer Resümee abzurechnen, deren Mangel an Objektivität offensichtlich ist. Es handelt sich aber um mehr als eine unpassende Anrempelung eines Einzelorgans. Sinter der Polemik des „Proletariers“ verbirgt sich vielmehr ein Grundgedanke, der in anderen Zeitungen auch ganz offen ausgesprochen worden ist. Man hat Fleischs Sätze gewissermaßen als „Programm der Deutschen Gewerkevereine“ bezeichnet und ist deshalb über sie hergefallen, weil man im Grunde die Gewerkevereine treffen wollte.

Das ist schief. Deshalb, weil die Gewerkevereine diese Leitsätze aufgegriffen haben, bilden sie doch noch nicht ihr „Programm“. Das Programm müßte die Unterscheidungsmerkmale gegenüber den anderen Gewerkschaftsrichtungen scharf herausarbeiten. Fleischs Grundfälle sind aber, soweit sie das Arbeitsrecht selbst betreffen, absichtlich so allgemein gehalten, daß sich jeder ehrliche Sozialpolitiker zu ihnen bekennen könnte. Was die Deutschen Gewerkevereine als solche kennzeichnet, ist vielmehr nach wie vor der Gedanke der parteipolitischen Neutralität. Dieser Gedanke würde sie selbst dann noch von den anderen Gewerkschaftsrichtungen trennen, wenn diese auch Fleischs Leitsätze anerkennen würden. Daß Dr. Fleisch gelegentlich im „Berliner Tageblatt“ selbst die Aufgabe der Neutralität zugunsten der fortschrittlichen Volkspartei unter der Voraussetzung angeregt hat, daß diese Partei seine Sätze in ihr Programm aufnehme, vermag hieran nichts zu ändern.

Programmatische Bedeutung kann höchstens dem Neutralitätsgedanken in Verbindung mit Fleischs Thesen zugesprochen werden; dann verbindet sich dasjenige, woran die Gewerkevereine aus sachlichem Interesse wünschen, daß es bei allen Arbeiterorganisationen Anklang finden möge, mit dem, was die Gewerkevereinsrichtung im Besonderen auszeichnet.

Zu den Leitsätzen, die allgemein anerkannt werden können, gehört auch, trotz vielfachen Widerspruch, derjenige, mit dem Fleisch beginnt: daß nämlich „unser Volkswirtschaft auf dem Arbeitsverhältnis“ beruhe, d. h., „darauf, daß diejenigen, die über die sachlichen Produktionsmittel verfügen, durch Vertrag die Möglichkeit der Verfügung über die notwendigen Arbeitskräfte erhalten.“ Dr. Böttcher, einzelne Demokraten Breitscheiders Obervanz und die Sozialisten, haben gerade gegen diesen Satz am meisten eingewandt. Die Umkehrung, sagten sie, sei richtig, es komme darauf an, wie der Arbeiter an die Produktionsmittel herankomme.

Beide haben Recht. Fleisch stellt einfach eine Tatsache fest, ohne Werturteil, wenn er von der heutigen Volkswirtschaft sagt, sie beruhe auf der Verknüpfung der sachlichen Produktionsmittel mit der persönlichen Herrschaft über die Arbeitskräfte. Und die Gegenpartei stellt ein sittliches Postulat auf, wenn sie sagt: „Alle Kultur müsse darauf beruhen, daß die arbeitsfähigen und willigen Arbeitskräfte an die Produktionsmittel herankommen! Ein Teil der Leitsätze Fleischs läuft ja auch gerade darauf hinaus, die alleinige Verfügung des Unternehmers über die Zulassung zur Arbeit zu beseitigen, so besonders II, 3 und 4c. Um alle Mißverständnisse zu beseitigen, würde ich etwa folgende Fassung für die richtigste halten:

„Unsere Volkswirtschaft beruht auf dem Arbeitsverhältnis, das heißt auf den rechtlichen und tatsächlichen Beziehungen zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer. Diese Beziehungen sind heute derart, daß diejenigen, die über die sachlichen Produktionsmittel verfügen, durch Vertrag die Möglichkeit der Verfügung über die notwendigen Arbeitskräfte erhalten. Zu erstreben ist indessen, daß alle Menschen, die arbeiten können und wollen, an die Produktionsmittel herankommen und innerhalb des Arbeitsverhältnisses zu möglichst gleicher Gleichberechtigung mit den Inhabern der Produktionsmittel gelangen.“

Aber das will nur ein Vorschlag sein; er würde vielleicht geeignet sein, dem Streit um Worte ein Ende zu machen und Segnern eine Waffe zu entwinden. Sachlich liegt eine Abweichung von den

bisherigen Leitfäden in dieser Wendung nicht. Auch liegt in dieser Fassung durchaus kein „Anklang an den sozialistischen Zukunftsstaat“, obwohl das natürlich nicht im geringsten ein Hindernis zu sein braucht, da man auch als nicht-eingeschworener Marxist eine Fülle wertvoller Gedanken dem Sozialismus entlocken kann. Der sozialistische Zukunftsstaat löst aber bisher die Frage, wie der Arbeiter an die Produktionsmittel herankommt, selbst nicht recht. Denn offenbar ist auch diese Frage jenen Problemen des Arbeitsrechts zuzuweisen, die, ebenso wie diejenige, inwieweit innerhalb des Produktionsprozesses der Kauf der Ware „Arbeit“ auf diese selbst beschränkt und nicht auf den Verkäufer derselben, den Arbeiter, ausgedehnt werden kann, mit der ganzen Fragestellung des Sozialismus sehr wenig zu tun haben. Die Pfadfinder des sozialistischen Gedankenganges wandten diesen schlichten Fragen eine unendlich geringere Aufmerksamkeit zu, als denen der Entwicklung zum Großbetrieb, der Entfaltung des Kapitalismus, der Akkumulation des Kapitals in den Händen verhältnismäßig Weniger und der Expropriation dieser Weniger. Das ist natürlich sehr verständlich, denn gegenüber dem süßen Gedankenflug, mit dem diese Dinge zu einer Zeit erfährt wurden, die sich über das Wesen des Kapitalismus noch nicht im geringsten klar war, die noch in altliberalen, individualistischen Fesseln lag und der Welt mit Ideologien das Heil bringen wollte, die der Alltagsmenschen als falsch erwies, — dem gegenüber bedeuteten allerdings die „kleinen“ Fragen wenig, die wir jetzt glauben wieder in den Vordergrund rücken zu sollen. Nachdem sich aber von Marx' Gedanken Vieles nicht mehr aufrecht erhalten läßt, weil er einfach durch die Tatsachen der Entwicklung überholt und widerlegt worden ist, und nachdem sich ferner gezeigt hat, daß andere Prophezeiungen Marx' in Erfüllung zu gehen im Begriffe sind, ohne daß dies der besonderen Aufmerksamkeit der Arbeiter überhaupt bedürfte, nach all dem kann jeder Arbeiter und am meisten der, den die Geschichte gelehrt hat, daß große Entwicklungen und Umwandlungen sich ganz langsam vollziehen, den Blick wieder auf diejenigen Fragen wenden, die ihn unmittelbar und unter den heutigen Voraussetzungen beschäftigen müssen, eben die Fragen des Arbeitsrechts.

Die englische Sozialdemokratie und die Abrüstung.

(Von Mein Sonderkorrespondenten.)

Ueber die Stellungnahme der englischen Sozialdemokratie zur Abrüstung herrschen selbst in England so konfuse Ansichten, daß wir in Deutschland dort daran tun, dieser Frage einmal näherzutreten. Nachdem vor wenigen Wochen im Hause der Lords ein offenbar mehr als gewöhnlich unklarer Lord berichtet hatte, daß die böse deutsche Regierung die deutsche Sozialdemokratie dazu benutze, auf die englischen Sozialdemokraten einen Druck auszuüben, damit diese für Abrüstung wirkten, und daß man insofern die englischen Sozialdemokraten lediglich als Puppen der deutschen Regierung zu betrachten habe, hat jetzt der Parteitag der sozialdemokratischen Partei in England eine nicht minder große Ueberraschung geliefert, indem er sich mit einer beträchtlichen Majorität gegen die Abrüstung erklärte, weil Deutschland nicht zu trauen sei.

Mit dem Girngespinnst des Lords, der die englischen Sozialdemokraten im Dienste der deutschen Regierung tätig sein läßt, brauchen wir uns wohl nicht weiter zu beschäftigen. Wenn aber die englische Sozialdemokratie, deren Vertreter bei Besuchen in Deutschland stets für Abrüstung eintreten, zu Hause Abrüstung predigt, dann haben wir es mit einer ersten Erscheinung zu tun, die jedenfalls nicht übersehen werden darf. Nun muß ich freilich zur Veruhigung deutscher Gemüter vorausschicken, daß die „sozialdemokratische Partei“ in England lediglich aus dem linken Flügel der sogenannten englischen Sozialdemokraten besteht, d. h. aus denjenigen, die sich als auf demselben Boden stehend betrachten wie die deutsche Sozialdemokratie. Diese Partei wird im ganzen nicht mehr als 20 000 Mitglieder zählen, wobei sie aber genügend Gehör für die hundertfache Mitgliederzahl macht. Für Eintreten für Abrüstungen ist deshalb nicht zu überschätzen und um so auffälliger, als die sozialdemokratische Partei eben den äußersten linken Flügel der englischen Genossen oder Scheingenossen bildet.

Die merkwürdige deutschfeindliche Abstimmung war die Folge eines Antrages zugunsten einer Abrüstung. Gegen diesen Antrag traten die abgehenden Vertreter der Partei einen anderen Antrag ein, der im Wortlaut wiedergegeben zu werden verdient.

Er lautet:

„Diese Konferenz pflichtet durchaus der Resolution des Internationalen Sozialisten-Kongresses zugunsten des Friedens, der Abrüstung und der Einrichtung eines allgemeinen internationalen Schiedsgerichtes bei. Da sie aber einseht, daß Krieg und Mißlingen die unermesslichen Folgen der dem modernen Handels- und Industrieystem anhaftenden Rivalität sind, ist diese Konferenz der Ansicht, daß ein lebhafter und hartnäckiger Kampf gegen den Kapitalismus das beste Mittel ist, Krieg gegen Krieg zu führen. Sie ist ferner der Ansicht, daß die Aufrechterhaltung einer geeigneten Flotte für die nationale Verteidigung und die Reorganisation des englischen Militärsystems auf der Basis einer nationalen Bürgerarmee sowie das Einstellen jeder aggressiven imperialistischen Politik die unmittelsbaren Ziele sind, auf die wir hinarbeiten sollten, um die Entscheidungen der internationalen Sozialdemokratie wirksam zu gestalten.“

Das heißt mit anderen Worten: Die Herren wollen wohl Abrüstung für andere, aber nicht für England, dessen Flotte recht stark, und dessen Seemarine durch eine Armee auf der Basis der allgemeinen Dienstpflicht ersetzt werden soll. Natürlich lediglich, um andere Mächte dann zu einer Abrüstung zwingen zu können, die nur Englands Interessen günstig sein würde. Und da behauptet man noch, daß es den englischen Sozialdemokraten an dem nötigen Lokalpatriotismus fehle! Er ist fanatischer als der gemäßigteste Liberale, der vielleicht auch imperialistisch denkt.

Weshalb aber die englischen Sozialdemokraten in Wahrheit rüsten wollen, und gegen wen sie rüsten wollen, das verrät der Wortführer der Partei, Mr. Symonds. Er erklärte, man sei auf dem Kontinent allgemein der Ansicht, daß demnächst ein Krieg zwischen Frankreich und Deutschland stattfinden und daß Deutschland dabei seinen Angriff auf Frankreich über Belgien hinweg unternehmen werde. England bedürfe deshalb der Rüstungen zu Selbstverteidigungszwecken und wegen seiner Verpflichtung, Belgien zu verteidigen.

Es fehlte zwar nicht an Mitgliedern der Partei, die nicht einzuweichen vermochten, was die sozialdemokratische Partei mit der Rüstungsfrage zu tun habe, und ein Kongreßmitglied befahl sogar sogleich den Rüstungen, daß sozialdemokratische Resolutionen in England nahezu wertlos seien, aber die Majorität der Delegierten stimmte doch für die Rüstungen, und zwar mit 32 gegen 14 Stimmen, und stellte sich damit auf die Seite der hochkonservativen Heer, die in Deutschland nun einmal den Feind sehen und England stark genug machen wollen, gegen Deutschland loszuschlagen, sobald Frankreich einen Krieg heraufbeschwören sollte. Man sollte sich dies in Deutschland merken für den Fall, daß englische Sozialdemokraten wieder einmal eine Ferienreise in Deutschland dazu benutzen, um deutschen „Genossen“ von Frieden und Abrüstung zu predigen. Die Herren haben ihren wahren Charakter deutlich genug verraten und sollten entsprechend behandelt und aufgenommen werden.

Rundgebungen zur Reichsversicherungsordnung.

Ogleich der Kommissionsbericht soeben erst ganz fertiggestellt ist, wird voraussichtlich noch in dieser Woche die zweite Lesung der Reichsversicherungsordnung im Reichstage beginnen. In letzter Stunde ist nun noch von verschiedenen Seiten zu dem Entwurf Stellung, genommen worden, und zwar in einer Weise, die erkennen läßt, daß niemand daran eine rechte Freude hat. Der Zentralverband Deutscher Industrieller hat in Berlin getagt und in einer Resolution zum Ausdruck gebracht, daß der Entwurf auch in der jetzigen Gestalt eine unannehmliche Aenderung unserer Arbeiterversicherung sei. „Unter Auserachtlassung der bisherigen Leistungen der Arbeitgeberchaft und der segensreichen Wirksamkeit unserer großen Fabrikbetriebe in sozialpolitischer Beziehung seien durch die Kommissionsbeschlüsse den Arbeitgebern neue Leistungen und Belästigungen auferlegt, welche schwere wirtschaftliche Beeinträchtigungen nicht nur für die gewerblichen Kreise selbst, sondern auch für die nationale Wirtschaft überhaupt und nicht zuletzt für die Arbeiterchaft im Gefolge haben werden.“ Der Zentralverband wünscht deshalb eine Umgestaltung der Vorlage. Sollte diese nicht zu erreichen sein, so würde der Fortdauer des gegenwärtigen Zustandes der Vorzug zu geben sein.

Mit anderen Worten also geht dem Scharfmacherverband die von der Kommission beschlossene Vorlage noch zu weit. Anders denken darüber die Arbeiter. Der Hilfskassentag, der am Sonnabend in Berlin stattfand, hat sich naturgemäß

mit den Ersatzklassen beschäftigt, wie die Hilfsklassen in der Reichsversicherungsordnung heißen werden. Er hat seine Wünsche zum Ausdruck gebracht und erklärt, daß bei den bisherigen Beschlüssen nicht sachliche Erwägungen obgewaltet hätten, sondern die Absicht vorgeherrschet haben müsse, die freien Hilfsklassen als vollberechtigte Klassen auszuscheiden, um die Beschränkung der Selbstverwaltung bei den Ortskrankenkassen besser durchführen zu können. Der Kongreß sprach deshalb die Erwartung aus, daß der Reichstag diesen Bestimmungen nicht beitrage, welche die brutale Vernichtung der Hilfsklassen als Ersatzklassen zur Folge haben müßten.

In einer weiteren Resolution, welche sich auf die sogenannten Zuschußklassen bezieht, wurde der Befürchtung Ausdruck gegeben, daß die Aufhebung des Hilfskassengesetzes eine schwere Schädigung der Hilfsklassen zur Folge haben könne, weil an Stelle der durch das Hilfskassengesetz gegebenen Rechtsgarantien im weiten Maße das freie Ermessen der Aufsichtsinstanz treten soll, wodurch dem Prinzip der Selbstverwaltung und Selbstbestimmung auf dem Gebiete des Hilfskassenwesens die Gefahr der Vernichtung drohe. Für den Fall der Aufhebung des Hilfskassengesetzes wurden sodann verschiedene Wünsche ausgesprochen und außerdem an den Reichstag die Bitte gerichtet, die Verbündeten Regierungen zu ersuchen, eine Anzahl Personen, die in der Verwaltung der bisherigen freien Hilfskassen tätig waren, dem Kaiser zu Mitgliedschaft des auf Grund des § 72 des Gesetzes vom 12. Mai 1901 gebildeten Versicherungsbeirates bei Mitwirkung an Entscheidungen des Aufsichtsamts für Privatversicherung vorzuschlagen.

Auch die Krankenkassen Deutschlands waren am Sonntag zu einer Kundgebung versammelt, die mit der Annahme einer Resolution schloß, in welcher erklärt wurde, daß, wenn nicht verschiedene wesentliche Verbesserungen vorgenommen werden, die Ablehnung der Reichsversicherungsordnung gefordert werden müsse. In demselben Sinne äußerte sich der Krankenkassenbeamtenkongreß, der an demselben Tage stattfand und der sich in der Hauptsache mit dem Einführungsgezet zur Reichsversicherungsordnung beschäftigte und Widerspruch erhob gegen die Einschränkung der Selbstverwaltung der Krankenkassen.

Aus all diesen Kundgebungen ersieht man, wie wenig Befriedigung die Kommissionsbeschlüsse hervorgerufen haben. Wir hegen keine Hoffnung, daß der Reichstag selbst wesentliche Verbesserungen vornimmt. Trotzdem dürfte aller Wahrscheinlichkeit nach der Reichsversicherungsordnung eine ziemliche Mehrheit gesichert sein.

Allgemeine Rundschau.

Dienstag, den 2. Mai 1911.

Der Segen der Tarifverträge kommt nicht allein den Arbeitern, sondern auch den Unternehmern zugute. Letztere werden namentlich auch vor Schmutzkonkurrenz geschützt. Ein Musterbeispiel dafür gibt der Reichstaxi für das Malergewerbe, dessen § 10 vorschreibt, daß über solche Firmen, die Arbeiten zu niedrigeren als den ortsüblichen Preisen ausführen, von den Stellen die Sperre verhängt wird. In solchen Fällen also treten die Gehilfen für die Unternehmer ein. Als Entschädigung erhalten die Gehilfen in solchen Fällen ihren früheren Lohn als Unterstützung. Demgemäß hat auch der Hauptvorstand unseres Gewerksverbands der graphischen Berufe, Maler und Radierer, wie in der „Freien Kunst“ mitgeteilt wird, beschlossen, dem § 1 seines Unterstützungsreglements als dritten Absatz folgende Bestimmung hinzuzufügen:

„Mitglieder, welche infolge einer auf Grund des § 10 des Reichstaxi über das Malergewerbe verhängten Sperre arbeitslos werden, erhalten ihren vollen bei der Firma nachweislich verdienten Lohn vergütet.“

Diese Bestimmung tritt mit dem 1. Mai dieses Jahres in Kraft.

Also auch in solchen Fällen steht unser Gewerksverein nicht hinter den übrigen Organisationen zurück. Wir wollen nur hoffen, daß er auch bei den übrigen Verbandskollegen die nötige Unterstützung findet und daß überall im Reiche dafür gesorgt wird, daß die unorganisierten Malergehilfen unserm Gewerksverein zugeführt werden.

Bergbauliches. Die vor kurzem erschienenen Jahresberichte der preussischen Bergbehörden für 1910 enthalten ein reichhaltiges Material für die Beurteilung der Lage der Bergwerksindustrie und der wirtschaftlichen Verhältnisse der Bergarbeiterchaft. In den fünf preussischen Oberbergamts-

bezirke waren im abgelaufenen Jahre insgesamt 727 704 Arbeiter und Arbeiterinnen beschäftigt (gegen 723 669 im Jahre 1909), mithin 1910 mehr 4035. Hieron entfallen auf den Oberbergamtsbezirk Dortmund 342 763 (im Vorjahre 342 157), Breslau 166 572 (166 651), Bonn 125 849 (124 735), Halle 66 775 (68 028), Clausthal 21 745 (22 098). Demnach hat die Gesamtbelegschaftszahl im Oberbergamtsbezirk Dortmund eine Zunahme um 4606 und im Bonner Bezirk um 1114 erfahren, während sich die entsprechenden Zahlen in den übrigen Bezirken vermindert haben, und zwar im Bezirk Breslau um 79, Halle um 1253 und Clausthal um 353.

Die Gesamtzahl der im Bergbau beschäftigten weiblichen Arbeitskräfte betrug 10 227 gegen 10 480 im Jahre 1909 (1910 weniger 253). Davon entfallen auf den Oberbergamtsbezirk Breslau 9235 (9386), Halle 749 (828), Bonn 228 (247), Clausthal 13 (15), Dortmund 2 (4). Die Zahl der jugendlichen Arbeiter betrug im Jahre 1910 26 201 gegen 26 212 im Jahre 1909 (1910 weniger 11). Auf die einzelnen Oberbergamtsbezirke verteilt sich diese Zahl wie folgt: Dortmund 12 040 (11 839), Bonn 5742 (5654), Breslau 6363 (6549), Halle 1569 (1600), Clausthal 487 (570). An der Gesamtzahl der jugendlichen Arbeiter ist das weibliche Geschlecht mit 1,97 Proz. (gegen 2,2 im Vorjahre und 2,7 Proz. in 1908) beteiligt. Nach der amtlichen Lohnstatistik hat der verdiente reine Lohn im Jahre 1910 auf eine Schicht im Durchschnitt betragen: Im Oberbergamtsbezirk Dortmund 4,54 Mark (im Vorjahre 4,49 Mark), bei Aachen 4,49 Mark (4,45 Mark), auf den staatlichen Saarbrücker Gruben 3,97 Mark (3,96 Mark), in Oberschlesien 3,45 Mk. (3,48 Mk.), in Niederschlesien 3,23 Mark (3,23 Mark). Der höchste Durchschnittslohn entfällt demnach mit 4,54 Mark für die Schicht auf den Oberbergamtsbezirk Dortmund.

Arbeiterbewegung. Der Streik der Arbeiterinnen in der Glühlampenfabrik von Bergmann in Berlin ist beendet. Die Arbeiterinnen nehmen zum größten Teil am Mittwoch ihre Beschäftigung wieder auf; diejenigen, die aus technischen Gründen nicht sogleich wieder eingestellt werden können, fangen im Laufe der nächsten Woche an. In Cassel befinden sich die Bauhölzer in einer Bewegung um die Verkürzung der Arbeitszeit auf 9½ Stunden und eine zehnprozentige Lohnerhöhung. Die bei den Innungsmeistern beschäftigten Klempnergehilfen in Stettin haben den Unternehmern einen Tarifvertrag vorgelegt, der aber von der Mehrzahl abgelehnt wurde. Infolge dessen ist in diesen Betrieben die Arbeit niedergelegt worden. — Der Kampf der Textilarbeiter in Hof zieht immer weitere Kreise. Die im Verbaude süddeutscher Textilarbeitgeber vereinigten Industriefirmen haben beschlossen, die Aussperrung auf das ganze rechtsrheinische Bayern auszudehnen, wenn keine Einigung in Hof zustande kommt. Demnächst sollen in den nordbayrischen Textilbetrieben bei den nächsten Kündigungsterminen die Kündigung erfolgen; später soll die Aussperrung über Augsburg und Umgegend und auch über den Allgäu ausgebreitet werden. — Die den Samtwebern in Krefeld von den Unternehmern angebotenen Lohnlisten sind von den Arbeitern abgelehnt worden. Diefelben fordern eine Erhöhung der Grundlöhne um 10 Prozent und Bewilligung anderer Forderungen. Falls in den weiteren Verhandlungen keine Einigung erzielt wird, soll am 4. Mai die Kündigung eingereicht werden. — Im Reich-Weisenfelder Braunkohlenrevier nimmt die Tarifbewegung ihren Fortgang. Die Zahl der Arbeiter, die ihre Kündigung eingereicht haben, dürfte annähernd 6000 betragen. Die Kündigungsschrift läuft am 6. Mai ab. Aller Wahrscheinlichkeit nach kommt es an diesem Tage zum Streik. — Nachdem in der Memeler Holzindustrie die Bemühungen um Aufstellung eines Tarifs vergeblich geblieben sind, muß mit einer allgemeinen Betriebs-einstellung gerechnet werden. Die Arbeiter fordern einen Mindeststundenlohn von 35 Pfg. und vom 1. Januar 1912 ab eine zehnprozentige Lohnerhöhung. — Zwischen dem Arbeitgeberverband und den Holzarbeitern in Offenbach ist es zu einer Einigung gekommen. Die wöchentliche Arbeitszeit wird von 56½ auf 54 St. verkürzt mit einem Lohnausgleich von 1½ Stunden und einer Lohnerhöhung von 6 Pfg. pro Stunde. Die außerhalb des Arbeitgeberverbandes stehenden kleineren Unternehmer sollen ebenfalls zur Anerkennung des Tarifs veranlaßt werden.

Die Lage des Arbeitsmarktes im Monat März weist nach dem „Reichsarbeitsblatt“ eine weitere Besserung auf. Die Berichte über das Baugewerbe bezeichnen die Lage des Arbeitsmarktes allerdings noch immer überwiegend der Jahreszeit entsprechend als flau. Auf dem Ruhrkohlenmarkt ist eine gewisse Abschwächung eingetreten, die im Nachlassen des Bedarfs mit dem Fortschreiten der Jahreszeit und in dem am 1. April in Kraft getretenen Preisermäßigung begründet ist. Im Saarrevier hat die Förderung sich gehoben, doch blieb der Absatz hinter den Erwartungen zurück. Auch im ober-schlesischen Kohlenbergbau waren die Absatzverhältnisse recht mäßig. In den mitteldeutschen Braunkohlenrevieren war die Marktlage im allgemeinen befriedigend. In der Metall- und Maschinenindustrie wird der Beschäftigungsgrad im allgemeinen als befriedigend und besser als im Vormonate bezeichnet. In der Zelluloseindustrie klagen besonders die Baumwollspinnereien und Webereien in allen Teilen des Reiches über unbefriedigenden Geschäftsgang. Auch die Lage der Zuckindustrie wird nur von wenigen Berichten als befriedigend bezeichnet. Dagegen lauten die Berichte der elektrischen Industrie überwiegend günstig. Auch die chemische Industrie war im allgemeinen gut beschäftigt. Auf dem Kalimarkte machte sich eine Verbesserung gegenüber dem Vormonate bemerkbar; der Geschäftsgang wird im allgemeinen gut genannt. Nach den Berichten der Krankenkassen hat der Beschäftigungsgrad im März weiter zugenommen. Es ergab sich am 1. April 1911 gegenüber dem 1. März eine Zunahme der versicherungspflichtigen Mitglieder abzüglich der erwerbsunfähig krank Gemeldeten von insgesamt 123 019 (109 920 männlichen und 13 099 weiblichen) Mitgliedern. Gegenüber dem 1. Januar ist der Beschäftigungsgrad der männlichen Personen von 100 auf 103 gestiegen, während der der weiblichen auf der Höhe des Vormonates, nämlich auf 101, stehen geblieben ist.

Die Arbeitslosen ziffern der Fachverbände im ersten Vierteljahr 1911 zeigen keine erhebliche Veränderung gegenüber der gleichen Zeit des Vorjahres; sie betragen Ende Januar 2,6 v. S., Februar 2,2 v. S., März 1,9 v. S. gegen 2,6 v. S., 2,3 bzw. 1,8 v. S. in den entsprechenden Monaten des Vorjahres. Die Arbeitsnachweisziffern lassen auf Besserung gegenüber dem Vormonate und März des Vorjahres schließen. Bei der Gesamtzahl der berichtenden Arbeitsnachweise, für welche vergleichbare Zahlen vorliegen, kamen im März 1911 auf je 100 offene Stellen bei den männlichen Personen 157, bei den weiblichen Personen 76 Arbeitsgesuche, gegen 210 bzw. 81 im Februar 1911 und 182 bzw. 84 im März 1910.

Der Beschäftigungsgrad auf dem Berliner Arbeitsmarkte stieg wie alljährlich, aber auch gegenüber dem gleichen Monate des Vorjahres ist eine wesentliche Besserung für die männlichen Arbeitskräfte eingetreten; bei den weiblichen Personen erhöhte sich mit der Zahl der offenen Stellen auch das Angebot. In Schleswig-Holstein, Lübeck und Hamburg wird die Lage des Arbeitsmarktes durchgehend als günstiger als bisher bezeichnet. Aus Rheinland und Westfalen wird berichtet, daß der März allenthalben reichlichere Arbeitsgelegenheit bot. Auch in Hessen, Sassen, Nassau und Waldeck hat sich die Lage des Arbeitsmarktes erheblich gebessert. Die Berichte aus Bayern, Württemberg und Sassen stellen ebenfalls eine wesentliche Besserung des Beschäftigungsgrades fest.

Die Einnahme aus dem Güterverkehr deutscher Eisenbahnen betrug im März 159 125 466 Mark, das sind 20 177 904 Mark mehr als im gleichen Monat des Vorjahres. Dies bedeutet eine Mehreinnahme von 352 Mark oder 13,05 v. S. auf 1 Kilometer.

In dem Delsnis-Lugauer Kohlengebiete befinden sich bekanntlich seit einiger Zeit die Bergarbeiter in einer Lohnbewegung. Leider haben die Bergwerksverwaltungen die Forderungen der Arbeiter abgelehnt, deren enghütige Maßnahmen noch nicht getroffen sind. Wie berechtigt aber das Vorgehen der Arbeiter ist, das zeigt am besten eine von der Bezirksleitung des Bergarbeiterverbandes veranstaltete Erhebung über die von Bergarbeiterfamilien geleistete Heimarbeit. Zu diesem Zwecke wurden 2450 Fragebogen verandt, aus denen festgestellt wurde, daß in fast allen Familien Heimarbeit betrieben wird, und zwar fast ausschließlich textilindustrielle wie Bordieren, Fädeln, Deckknüpfen usw. Nicht weniger als 4080 Kinder werden mit dieser augen- und brustanstrengenden Arbeit beschäftigt, darunter 840, die noch nicht zehn Jahre alt waren. Selbst Kinder, die noch nicht einmal schulpflichtig sind, müssen mitverdienen.

Der Durchschnittslohn der Kinder beträgt 60 Pfg. bis 1 Mark die Woche, der Frauen bei 25 bis 60-stündiger Arbeitszeit 2 bis 5 Mark. Ein und wieder werden auch höhere Löhne erzielt. Was diese Frauen zu leisten haben, kann man am besten erkennen, wenn man bedenkt, daß die verheirateten Heimarbeiterinnen nicht nur den Haushalt führen, sondern auch noch häufig eine recht zahlreiche Kinderchar zu versorgen und zu beaufsichtigen haben. Mit Rücksicht darauf wäre es wirklich zu wünschen, daß die Unternehmer den berechtigten Forderungen der Arbeiter etwas mehr Entgegenkommen zeigten.

Wichtig für alle Arbeiter, die einer freien Hilfskassenkasse beitreten wollen. Obwohl es innerhalb unserer Gewerkschaften eine große Anzahl von Hilfskassen- und Begräbniskassen gibt, die unter staatlicher Aufsicht stehen, geht immer noch eine große Zahl Arbeiter den Agenten einer gewissen Art von Klassen ins Garn, aus denen sie, wenn sie gern von der Versicherung wieder entbunden sein wollen, nicht wieder herauskönnen, da sie sich durch ihre Unterschrift gebunden haben. So ist es einem Agenten der Kasse „Deutscher Anker“, Pensions- und Lebensversicherungs-Aktiengesellschaft in Berlin (General-Agentur Düsseldorf, Kurfürstenstraße 13), gelungen, in dem Kreise Mühlheim (Ruhr) eine Anzahl Arbeiter für diese Kasse zu gewinnen. Die Versicherungsbedingungen sind, jedenfalls von ganz gewiegten Juristen so ausgearbeitet, daß die Mitglieder nicht von der Versicherung zurücktreten können, ehe die Zeit um ist, auf welche sie sich versichert haben; das ist in den meisten Fällen fünf Jahre. Kündigt nun das Mitglied nicht rechtzeitig, dann gilt die Versicherung stillschweigend ein Jahr länger. Für die Gesellschaft aber gibt es Gründe genug zurückzutreten.

Schon oft mußte bei solchen Klassen zur Vorsicht gemahnt werden, da man beim ersten Krankheitsfall erklärte, daß die Krankheit schon vor dem Eintritt in die Versicherung bestanden habe. Deshalb müssen unsere Kollegen des Gewerkschaftsbereiches immer noch mehr Aufklärung unter die Arbeiter bringen und dieselben der Organisation zuführen. In den Deutschen Gewerkschaften sind die Arbeiter in allen Fällen gesichert, denn ihre Kasseneinrichtungen sind muster-gültig. S. L.

Das französische Altersversicherungs-gesetz für Arbeiter soll bekräftigt am 1. Juli d. J. in Kraft treten. Nach der Sitte des Landes sind denn auch bereits in allen Gemeinden Maueranschläge angeklebt, die die Bevölkerung über die nicht ganz einfachen Bestimmungen des Gesetzes aufklären sollen, und auch die Volksschullehrer hat man angewiesen, ihre Schüler über den Gegenstand in zweckmäßiger Weise zu belehren. Die Arbeiterschaft aber sieht dem Inkrafttreten des Gesetzes keineswegs freundlich entgegen. Sie will nichts wissen von eignen Beiträgen und hält auch die Altersgrenze von 65 Jahren für den Beginn eines Ruhegeldes für zu hoch gegriffen und den Betrag des Ruhegeldes für zu niedrig. An zahlreichen Orten haben denn auch die organisierten Arbeiter Stellung zu dem Gesetz genommen und beschlossen, mit allen Kräften sich gegen die vorgesehene Lohnabzüge zu sträuben. Daß ihnen dies auf die Dauer gelingen wird, ist nicht anzunehmen. Jedenfalls aber zeigen die Vorgänge, daß auch in Ländern mit der freiesten Staatsreform, in der Republik, die Arbeiter Anlaß zu Beschwerden finden.

Gewerkschaften-Teil

1. Deffau. Ende März wurden in der Berlin-Anhaltischen Maschinenbau-Aktiengesellschaft in Deffau vom Metallarbeiterverbande und Fabrikarbeiterverbande Forderungen für die Former und Gießereiarbeiter eingereicht, die eine Verkürzung der Arbeitszeit, eine Erhöhung der Stundenlöhne und Bezahlung des unerschuldeten Ausschusses für die Former bewohnten. Schließlich erklärte sich die Direktion bereit, mit einer Kommission, bestehend aus den Vorarbeitern, einzeln herausgesuchten Leuten und dem Ältesten-Kollegium zu verhandeln, das nur aus Verbändlern zusammengesetzt ist. In welcher Weise von diesen die Sache der Arbeiter vor der Direktion vertreten wurde, geht daraus hervor, daß nach verschiedenen Entgleisungen einer der „Unterhändler“ vom Direktor gefragt wurde, ob er etwa dem Arbeitgeberverbande angehört. Daß die Arbeiter über solche Vertretung ihrer Interessen sehr aufgebracht waren und dem Betreffenden arg zusetzten, ist selbstverständlich. Auch die Beamten der genannten Gewerkschaften wurden von allen Seiten bestürmt, so daß sie schließlich eine Betriebsversammlung auf den 19. d. M. einberiefen mit der Tagesordnung: Berichterstattung über die Eingabe der Gießereiarbeiter und deren Erfolg. Eingeladen waren dazu sämtliche in dem Betriebe beschäftigten Arbeiter, von denen aber nur ein Viertel erschienen war. Das Referat erstattete merkwürdigerweise nicht ein Kommissionsmitglied, sondern der Geschäftsführer des

Metallarbeiterverbandes, der von großen Erfolgen aber nichts berichten konnte und sich aufs Kritisieren beschränkte. Die Folge war denn auch, daß man sich gegenseitig die größten Liebenswürdigkeiten an den Kopf warf. Die Erfolge aber sind folgende: Vom 18. April ab erhalten alle Lohnarbeiter 3 Pfg. pro Stunde Zulage; Sonnabends ist um 5 Uhr Feierabend, früher um 6 Uhr. Vor dem 18. April arbeiteten die Lohnarbeiter in Wirklichkeit 5 1/2 Stunden pro Woche, konnten aber 80 Stunden verrechnen. Jetzt aber dürfen sie durch obige Arbeitszeitverkürzung nur noch 5 1/2 Stunden verrechnen, so daß nur noch wenige Fremde von der Zulage übrig bleiben. Die erforderlichen Ueberstunden müssen auf Anordnung der Meister nach wie vor geleistet werden, wobei schwer zu entscheiden sein wird, was „erforderlich“ heißt. Wie ein Lohn auf die ganzen Verhandlungen über das Ueberstundenwesen aber muß es berühren, wenn schon wenige Tage nach ihrem Abschluß die Meister in der Dreherei herumgingen und Leute bestimmten, welche die ganze Nacht arbeiten sollten. Da kommt es häufig vor, daß viele den Vorrat aufarbeiten und die anderen die nächsten Tage nichts mehr zu tun haben. Werktüchtig aber ist es, daß gerade von denjenigen, die im Verbandsorganisiert sind, sich keiner wagt, eine beratige Ueberstundenmacherei mitzumachen.

Der größte Teil der Arbeiter ist über diese „Erfolge“ arg misgelaunt. Besser für sie wird es erst werden, wenn sie jenen Präsenzbefehlern den Rücken kehren und sich in unabhängigen Organisationen organisieren, wie es die Deutschen Gewervereine sind.

Neufals a. O. Einen recht stürmischen Verlauf nahm die von unserem Ortsverbande einberufene öffentliche Versammlung, in welcher der Verbandssekretär Kollege Neufals über die Stellung der Deutschen Gewervereine in der Arbeiterbewegung sprach. In ruhigen und sachlichen Ausführungen begründete der Redner die Notwendigkeit der Berufsorganisationen, ohne welche die Arbeiter überhaupt keine Aussicht auf Verbesserung ihrer Lage hätten. Die wirtschaftliche Entwicklung, die Umwandlung des Agrarstaates in einen Industriestaat mit einer mächtig anschwellenden Arbeiterbevölkerung brachte auch eine Arbeiterbewegung mit sich, die es sich zur Aufgabe gestellt hat, die soziale Lage zu heben und damit an der Förderung des Volkswohles zu arbeiten. Trotz alledem ist die Abhängigkeit des Arbeiters vom Unternehmer immer noch gewachsen, was zum Teil auf die Zersplitterung in der Arbeiterschaft zurückzuführen werden muß, während auf der anderen Seite die Unternehmer es in viel kürzerer Zeit verstanden haben, sich einheitliche und deshalb mächtige Verbände zu schaffen. Redner streifte auch das Gebiet der Frauennarbeit, die an Ausdehnung noch zunimmt, was vor allem auf die Verteuerung der Lebensmittel und der notwendigen Bedarfsartikel zurückzuführen ist. Ein Wandel könne nur geschaffen werden, wenn die Arbeiter unter Vermeidung aller Kräfte gesplittenden Kämpfe von der Selbsthilfe den ausgiebigsten Gebrauch machten, aber auch die Staatshilfe, wo die Selbsthilfe nicht ausreicht, für sich in Tätigkeit zu setzen verständen. Er schloß mit einem aufernden Appell zu unermüdlicher Agitation und zum Eintritt in die Deutschen Gewervereine.

In der Diskussion ergrieffen zunächst zwei „Genossen“ das Wort, die mit den alten, oftmals widerlegten Angriffen gegen die Deutschen Gewervereine zu Felde zogen. Als diese vom Kollegen Neufals gründlich heimgeschickt waren, ergrieff ein früherer Gewervereiner, der bei uns ausgedient hat, das Wort, um ebenfalls die geübtesten Angriffe gegen unsere Organi-

sation zu richten. Derselbe wurde von einigen Kollegen leicht entwisst. Als dann aber Kollege Neufals unter großer Unruhe das Schlußwort ergrieff, wollten die „freien“ Gewerkschaftler den Saal verlassen. Erst auf den Hinweis, daß sie damit ihre Freiheit an den Tag legten, blieben sie im Saal und mußten das Schlußwort mit anhören, in dem ihnen so mancher Döb verzeiht wurde.

Wobauerlich ist es, daß das unparteiisch sein wollende „Neufals Stadtblatt“ einen völlig entstellten Bericht über die Versammlung gebracht hat und trotz unserer Berichtigung bis jetzt denselben noch nicht richtiggestellt hat. Die Neufals Gewervereiner werden sich das merken. Dem Kollegen Neufals aber sagen wir für seinen Vortrag und sein mannhaftes Eintreten für die Gewervereinsache unseren besten Dank.

F. Vogel, Ortsverbandssekretär.

§ Profen. Die Monatsversammlung des Gewervereins der Deutschen Stein- und Silberschneider fand am 14. April in Kalthaus statt. Nach Erledigung der geschäftlichen Angelegenheiten durch Kassierer und Schriftführer wurde beschlossen, das Stiftungsfest dieses Jahr am 21. Mai durch ein Konzert im „Profener Garten“ und abends durch ein Tanzfränzchen beim Kollegen Hoffmann zu feiern. Die entsetzlichen Unkosten sollen dem Musikfonds entnommen werden. Einen längeren Vortrag über die allgemeine wirtschaftliche Lage hielt Johann der neue Ortsverbandsvorsitzende Kollege Alex. Jauer, welcher reichlich Beifall erntete. Denn manche gute Lehre für unseren Verein war den Ausführungen des Redners zu entnehmen, der die Ueberzeugung gewonnen haben wird, daß unser Verein stets treu zu ihm stehen und ihn in jeder Hinsicht unterstützen wird. Die nächste Versammlung findet den 14. Mai in Herzogsbad bei Herrn Wilsh, nachmittags 3 Uhr statt. Ueber die Verhandlungen mit der Firma Schall maante der Vorsitzende der Versammlung interessante Mitteilungen. Einigenmaßen zugunsten der Arbeiter sind dieselben verlaufen, so daß sich jetzt wieder alles in Ordnung befindet. Ueber diesen Punkt entstand eine längere Debatte. Ein Unterstützungsgesuch eines Kollegen wurde nach längerer Debatte abgelehnt. Zum Schluß forderte der Vorsitzende noch die Mitglieder auf, die lehrreichen Worte, die in der Versammlung gefallen sind, zu beherzigen und hinauszutragen unter diejenigen, die in der Versammlung nicht zugegen waren. Weiterhin ermahnte er die Anwesenden, die Versammlungen immer recht gut zu besuchen und für den Verein energisch zu arbeiten.

Verbands-Zeil.

Versammlungen.

Berlin. Distriktsklub der Deutschen Gewervereine (A. D.). Verbandshaus der Deutschen Gewervereine, Greifswalderstr. 221/23. Mittwoch, 3. Mai, abds. 8 1/2 Uhr, Vortrag des Kol. Gleichauf über: „Freie Gewerkschaften“. Volksh. Erläuterungen erw. Gäste willk. — **Gewervereins-Liederabend (A. D.).** Jeden Donnerstag abds. 9—11 Uhr, Uebungsstunde i. Verbands Hause, der Deutschen Gewervereine (Grüner Saal). Gäste willk. — **Sonnabend, 6. Mai. Maschinenbau- und Metallarbeiter I.** Abds. 8 1/2 Uhr Versammlung bei Weichert, Bergstr. 69. Vortrag des Herrn Janen über seine Rheinreise, mit Lichtbildern. Besprechung über die Herrenpartie. — **Maschinenbau- u. Metallarbeiter II.** Abends 8 1/2 Uhr Ortsversammlung Fruchtstraße 36 a. I. Mitteilungen. II. Vortrag des Kollegen Jordan: „Gewerbliche Frauenarbeit“. III. Werkstattangelegenheiten.

— **Maschinenbau- und Metallarbeiter III.** Abds. 8—10 Uhr Zahlabend bei Rabou, Waldstr. 53. — **Maschinenbau- und Metallarbeiter IV.** Abends 8—10 Uhr Zahlabend bei Bonader, Wülfersstr. 61. — **Maschinenbau- und Metallarbeiter V.** Abends 8 1/2 Uhr Versammlung mit Damen bei Schumacher, Stalperstraße 126. Rezitation des Herrn Lehner Drwin. — **Maschinenbau- und Metallarbeiter VII.** Abends 8 1/2 Uhr Versammlung. F. D. Vortrag des Kollegen Max Gier über: „Seine Reise nach der Brüsseler Metallausstellung“. Wahl des ersten Vorkämpfers. — **Maschinenbau- und Metallarbeiter XII.** Abds. 8 1/2 Uhr Versammlung mit Damen bei Döbner, Uferdomstraße 35. Vortrag über: „Knechtentag“. — **Jugendabteilung Berlin I.** Sonnabend, 6. Mai, 1. Stiftungsfest in „Arushof“, Preilerbergstr. 26.

Orts- und Bezirksverbände.
Cottbus (Distriktsklub). Sitzung abds. 2 u. 4 Donnerstag im Monat bei Janßen, Sandowstr. 43.
Duisburg (Distriktsklub). Jeden 1. und 3. Sonnabend im Monat, abends 8 1/2 Uhr, im Saal des Herrn Hofmann, Friedrich Wilhelmstraße, Distriktsklub.
Häfelhof (Volkshilfsvereinsklub). Jeden Montag, abds. von 9—11 Uhr i. Verbandshaus, Karlsruherstr. 29. Sitzung.
Eisfeld-Barmen (Ortsverband). Jeden 1. Mittwoch im Monat, abends 8 1/2 Uhr, Vertreterversammlung bei Roggenkämpfer, Eisfeld, Ulfenstr. und Erholungstr. 64e.
Selbstschutz (Ortsverband). Jeden ersten Sonntag im Monat Ortsverbands- Vertreterversammlung, vormittags 10 Uhr, im Verkehrslokal E. Simon, Alter Markt.
Haaren b. Wachen. Jeden 3. Sonnabend im Monat, abends 8 1/2 Uhr, Distriktsklub bei Lubewitz.
Halle a. S. (Ortsv.). Der Distriktsklub find. legt Sonnabend i. Monat i. Passage-Ref. Nr. Brauhausstr. 11.
Hamburg (Ortsv.). Jeden Mittwoch, abds. 8 1/2 Uhr präz., in Hüttmanns Hst., Roslstr., Distriktsklub.
Hersfeld (Distriktsklub). Jeden Mittwoch 8 1/2 Uhr bei Bauer, Döbstr.
Röln (Ortsverband). Donnerstag, 4. Mai, in der Behergung kombinierte Vertreter- und Vorstandssitzung sämtlicher Ortsvereine. Tagesordnung: Die endgültige Regelung der Zeitungssache. Kassierbericht. Festsetzung der nächsten Ortsverbands-Versammlung.
Leipzig (Gewervereins-Liederabend). Die Uebungsstunden finden jeden Mittwoch abends 9 bis 11 Uhr im Vereinslokal Stadt Hannover, Seeburgstr. 25, statt. Gäste und stimmbegabte Mitglieder sind perz. willkommen.
Stettin (Sängerchor der Gewervereine). Die Uebungsstunden finden jeden Dienstag abds. 8 1/2 Uhr im Saal Rebel, Poststr. 5, statt. Stimmbegabte Kollegen sind herz. willk. — **Legel (Distriktsklub für Legel, Postgasse und Reinholdsdorf).** Sitzung jeden Dienstag Abend von 8 bis 10 Uhr bei Reiner, Bernerstr. 68. Gäste willkommen. — **Thorn (Väcker).** Jeden Sonntag nach dem 1. Ortsvereinsversammlung bei Nicolai, Maurerfr. 62.
Weihenfels a. C. (Wagnersstellung der Gewervereine). Uebungsstunde jeden Dienstag, abends 8 1/2 bis 11 Uhr im Vereinslokal „Schweizerhaus“, Schützenstraße. Sprachliche Gewervereinskollegen sind willkommen. — **Weihenfels (Distriktsklub der Gewervereine).** Jeden Mittwoch 9—11 Uhr Sitzung im Ref. „Schweizerhaus“.

Veränderungen bzw. Ergänzungen zum Adressenverzeichnis.
Leipzig (Ortsverband). Otto Sperling, Schriftführer, 2. Meudnig, Gemeindestr. 23, part.
Magdeburg (Ortsverband). F. Kemppe, Kassierer, Bismarckstr. 1 d.
Romawas (Ortsverband). Herrmann Müller, Vorsitzender, Großberenerstr. 65 a.
Zagan (Ortsverband). F. Rahm, Vorsitzender, Neue Kraft Kolonie 34. D. Gräß, Schriftführer, Schönthal 88.

Anzeigen-Zeil.

Insertate werden nur gegen vorherige Bezahlung angenommen.

Der Gewerkverein
Jahrgang 1910
auf festem Papier gedruckt, dauerhaft gebunden, für Verbandsgenossen und Vereinsbibliotheken
5, sonst 7 Mark
bei vorheriger Einsendung des Betrages.
N.B. Frühere Jahrgänge werden zu denselben Preise abgegeben.
Bestellungen an den Verbandskassierer
R. Klein,
Berlin N.O., Greifswalder Strasse 221/23.

Hayman i. Schief. (Ortsverb.). Durchreisende Mitglieder erhalten eine Unterstüfung von 75 Pfg. ausgezahlt beim Ortsverbandskassierer F. Walter, Elegnigerstraße 44.
Neufals (Ortsverb.). Durchreisende Genossen erhalten 50 Pfg. bei Aug. Reimer, Friedrichstraße 86.
Kattowiz (O. Schl.). Durchreisende Gewervereinskollegen erhalten 75 Pfg. Ortsverbandskasse beim Kassierer, Kol. Georg Schmetzer, Weichstr. 11 part. (Mittags 12—1, abends nach 6 Uhr).
Magdeburg (Bauhandwerker). 75 Pfennig im Bureau, Ratharinenstraße 2/3 II.

Erfurt. An durchreisende Kollegen wird eine Unterstüfung von 0,75 Mk. durch den Ortsverbandskassierer August Seitz in Eisdorf, Langebrücke 61, gezahlt.

Witterfeld (Ortsverb.). Durchreisende Kollegen erhalten ein Verbandsgehalt von 75 Pfg. bei den Ortsvereinskassierern ihres Berufs; sind Berufs nicht am Orte vertreten, beim Ortsverbandskassierer F. König, Ackerstraße 1.

Saarbrücken (Ortsverband). Durchreisende Kollegen erhalten 50 Pfennig bei den Ortsvereinskassierern oder im Sekretariat Saarbrücken I, Gutenbergstr. 28 I.

Heckemünde und Umgegend (Ortsverb.). Durchreisende Verbandskollegen erhalten Reiseunterstüfung. Karten hierzu in Heckemünde, b. Kollegen Heilmann, Plepgartenerstr. Nr. 19; in Torgelow beim Kollegen Otto Blohm, Karlsbergstr. 16.
Forst i. L. (Ortsverb.). Durchreisende Verbandskollegen erhalten Verpflegungskarten bei E. Menzel, Poststraße 14.

Halle a. S. (Ortsverband). Durchreisende Kollegen erhalten beim Bandenkassierer, Kollegen Laube, Sehligerstr. 94, 1 Mark in bar oder Abendbrot, Nachtquartier und Kaffee in der Verbandsberg (Wäckerinningshaus) am Hospitalplatz.
Thorn. Durchreisende erhalten Abendbrot, Nachtlager und früh Kaffee beim Verbandskassierer W. Rowalowski, Thorn, Heiligengeiststr. 7/9.
Wpolda (Ortsverband). Durchreisende Kollegen erhalten 50 Pfg. Postgehalt beim Kassierer Karl Stein, Jägerlingsgasse 4.
Schwöllu (Ortsverband). Allen durchreisenden Gewervereinskollegen wird für Nachtquartier eine Unterstüfung von 60 Pfg. gezahlt. Kartenausgabe bei E. Tagsdorf, Bachstraße 2.

Freiburg i. Sch. (Ortsverb.). Durchreisende Kollegen erhalten das Ortsverbandsgehalt bei ihrem Ortsvereinskassierer ausgezahlt. Falls der Ortsverein am Orte nicht vertreten ist, beim Ortsverbandskassierer Wilh. Berger, Sandstraße 23.

Pr. Stargard (Ortsverband). Durchreisende Kollegen erhalten eine Unterstüfung von 50 Pfg. beim Ortsverbandskassierer E. Rindt, Ulfenstr. 82.

Wlaga (Ortsverband). Durchreisende Gewervereinskollegen erhalten 75 Pfg. Ortsgehalt beim Kassierer Pechmann, Rodenstraße 7.

Göppingen (Ortsverb.). Durchreisende Verbandsgenossen erhalten Nachtquartier und Verpflegung. Karten sind zu haben bei S. Stäbler, Bahnhofstr. 18.

Dawitz (Ortsverband). Durchreisende Gewervereinskollegen erhalten beim Genossen Kammerer, Fischmarkt 10, Verpflegungskarten.

Chemnitz (Ortsverband). Das Geschenk für Durchreisende wird bei den Ortsvereinskassierern, bei nicht vorhandenen Verufen nur beim Ortsverbandskassierer, Kol. Reibe, Bergstr. 54, abends 7—8 Uhr ausgezahlt. — Der Arbeitsnachweis wird von Kol. Oswald Bach, Benefizstr. 82, veraltet. Spruchzeit wochentäglich von 7—8 Uhr abends, am Sonntag von 10—12 Uhr vormittags.